



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XV/21 - 26. Januar 1960

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 836 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	"Geistige NATO" Herr Lindrath in Madrid	45
2	In Zeichen der Einheit Die zweite afrikanische Konferenz in Tunis	47
3	Bereinigung in Amsterdam Sozialdemokratische Partei wieder einheitlich Von einem gelegentlichen Mitarbeiter	45
4 - 5	Alleingänger von Eessel Sein Vorstoß stört NATO-Konzeption	71
6	Schulraumnot Es fehlen 65 000 Klassenzimmer	30
7	Prostitution als internationales Problem Ein UNO-Bericht Von Bruno Kuster, Genf	52

* * *
* *

"Geistige NATO"

sp - Das hat uns gerade noch gefehlt! Jetzt ist auch Bundes-
schatzminister Hermann Lindrath in die große Politik eingestiegen.
Offenbar angeregt durch seinen Regierungs- und Parteichef Konrad
Adenauer, hat Herr Lindrath in Madrid (!) vor dem "Internationaler
Komitee zur Verteidigung der christlichen Zivilisation" einen Ap-
pell verlesen lassen, der in der Forderung gipfelt, eine "geistige
NATO" zu schaffen. Dieses Gebilde soll die psychologische Kriegs-
führung gegen den atheistischen Kommunismus organisieren und jeder-
mann begreiflich machen, daß die freie Welt den Kommunismus "un-
endlich überlegen" sei.

In Rom hatte Konrad Adenauer erklärt, das deutsche Volk habe
von Gott die Aufgabe erhalten, "Hüterin zu sein für den Westen ge-
gen jene mächtigen Einflüsse, die vom Osten her auf uns einwirken".

Da wären wir also mitten drin in der international organisier-
ten "psychologischen Kriegsführung", für die in der Bundesrepublik
bereits seit einem Jahr das Komitee "Rettet die Freiheit" und der
Publizist Schlamm die Trommel rühren. Das Bundesverteidigungsmini-
sterium, das schon vor zwei Jahren auf diese Idee gekommen war, hat
es bekanntlich nicht geschafft. So dreht man das Ding jetzt auf
der Ebene "privater Organisationen", die beim näheren Hinschauen ih-
ren geistigen Ursprung bei den Vätern der "Abendländischen Akademie"
haben. Gewissermaßen als Unterbau für die Aktivität aller dieser
Organisationen dienen getarnt oder offen zahlreiche Publikationen,
die aus den mehr oder weniger klaren Quellen von sogenannten "Fonds"
gespeist werden.

Wir sind in Begriff, uns in die letzte Schützengrabenposition
des kalten Krieges zwischen Ost und West einzugraben. Nachdem Ame-
rikaner und Russen angefangen haben, miteinander über die Beendi-
gung des kalten Krieges zu reden, wird bei uns jetzt ganz groß die
"geistige NATO" aufgezogen. Im Fernen Osten ist das nicht viel an-
ders. Dort sorgen Tschiang Kai Schek auf Formosa und Singman Rhee
in Süd-Korea dafür, daß der kalte Krieg heiß bleibt.

Die geistige Auseinandersetzung mit dem Kommunismus ist eine
notwendige Aufgabe der freien Welt, und kein Mensch wird etwas da-
gegen haben, wenn sich Christen auf ihre besondere Aufgabe im Kampf
um die Erhaltung und Festigung der Freiheit bemühen. Wo man jedoch
versucht, diese Aufgabe auf eine militärische Organisation (NATO)
aufzupropfen, wird man zwangsläufig die Möglichkeit des Miteinan-
derredens untergraben. Wer diese Perspektive einer westlichen Poli-
tik "geistig" zu untermauern gedenkt, gerät ebenso zwangsläufig in
die Nähe von Herrn Schlamm, der den Deutschen eine provokatorische
Politik empfiehlt, auch wenn sie zum Selbstmord führt. Wer mit all
dieser Gedanken spielt, verzichtet auf die friedliche Lösung der
Weltkonflikte, auf die Entspannung und damit auf die Wiedervereini-
gung unseres Vaterlandes.

+ + +

Im Zeichen der Einheit

ED - Niemand wird bestreiten, daß die jüngsten Ereignisse in Algerien einen starken Einfluss auf die Gestaltung und den Ausgang der zur Zeit in Tunis stattfindenden Konferenz der afrikanischen Völker haben wird. Aber die entscheidenden Impulse liegen tiefer, so sehr auch das algerische Problem allen Teilnehmern auf den Nägeln brennt. Sie lassen sich mit einem Wort umschreiben: afrikanische Einheit.

Mehr noch als seinerzeit in Accra sind sich alle, offizielle wie private Vertreter der zahlreichen Nationen und Völkerschaften Afrikas darüber einig, daß nur in der Zusammenarbeit aller Afrikaner die Gewissheit ruht, diesen Kontinent auch wirtschaftlich, technisch und sozial den Vorstellungen und Bedingungen des 20. Jahrhunderts anzupassen. Zweifelsohne mögen die Fragen der Erringung der nationalen Souveränität für zahlreiche afrikanische Völker "dringender" sein als die Probleme der inner-afrikanischen Integration und Verschmelzung; auf die Dauer jedoch wird sich die Entwicklung zum Großraum, der politisch und wirtschaftlich eine Einheit darstellt, nicht aufhalten lassen.

Dr. Kwame Nkrumah, der Premier Ghanas, und Sékou Touré, Staatspräsident Guineas, dürfen als die Promotoren des allafrikanischen Einheitsstrebens betrachtet werden, wenn auch die Gestalt des jungen Tom Mboya aus Kenia immer mehr die afrikanische Politik zu beeinflussen beginnt. Es läßt sich nicht leugnen, daß einige afrikanische Politiker mit gelindem Mißtrauen die Bemühungen und Aktionen verfolgen, die von Accra und Conakry aus in den "schwarzen Erdteil" hineinwirken. Jenseits des Kongo, im ganzen Osten Afrikas, bahnen sich Entwicklungen an, die gewiss nicht immer in die Visionen Nkrumahs und Tourés passen. Auch innerhalb der afrikanischen Nationalbewegungen setzt das Ringen um die zukünftige Formung des Kontinents ein. Hier gibt es Kräfte, die gleich Guinea jede, auch die leiseste wirtschaftliche und technische Bindung mit den Industrieländern des Westens als gefährlich in gewisser Beziehung "un-afrikanisch" ansehen.

Ebenso aber sind Gruppen vorhanden, die bei voller Wahrung der Unabhängigkeit die Zusammenarbeit mit den USA, mit Großbritannien und dem europäischen Kontinent erstreben. Allerdings - und das dürfte die Bedingung sein - müssen die westlichen Kolonialmächte sich dazu bequemen, möglichen Separierungs- und Kontrollabsichten der weißen Siedler strenger und bestimmter gegenüberzutreten als bisher.

Die Forderung des tunesischen Staatspräsidenten Habib Bourguiba, die Franzosen sollten bis zum 8. Februar den Hafen von Bizerta räumen, steht im direkten Zusammenhang mit den französischen Atomwaffen-Ver suchen in der Sahara. Es bleibt abzuwarten, wie Paris darauf reagieren wird, wobei aber zu beachten ist, daß die allafrikanische Konferenz mehr ist als nur ein Debattierklub afrikanischer Politiker.

Der Empfang, der dem britischen Premier in Nyassaland zu teil wurde, sind Ausflüsse jener Stimmung im schwarzen Afrika, die auch auf dem Kongress vorzufinden ist; man hat es satt sich mit vagen Versprechungen abspäßen zu lassen.

+ * +

Bereinigung in Amsterdam

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Ende 1955 bildete sich innerhalb der Sozialdemokratischen Partei der Niederlande das sogenannte "Sozialistische Zentrum", eine Arbeitsgemeinschaft linksextremer Sozialisten, die sich für die Aufrechterhaltung ausschließlich marxistischer Grundsätze im politischen Programm der "Partei der Arbeit" einsetzte. Bei den letzten Parlamentswahlen hat diese Gruppe eigene Kandidaten aufgestellt und der Partei der Arbeit nicht unerheblich geschadet.

Diese Sozialisten, die mit der Kommunistischen Partei der Niederlande nichts gemein haben, opponierten schon vor 1955 in der Partei dagegen, daß Zoos Vorrink, der verstorbene 1. Vorsitzende, beim Neuaufbau der Arbeiterbewegung in den Niederlanden eine breite Basis im Volk gesucht und gefunden hatte. Der Kontakt zu den christlichen Kirchen wurde verstärkt, nach außen demonstriert durch katholische und evangelische sozialistische Arbeitsgemeinschaften. Der Erfolg dieser Neuorganisation war verblüffend: die Sozialisten eroberten die Mehrheit im Parlament und behielten sie bis 1958. Die holländische Sozialdemokratie ging mit diesem Prozess den sozialistischen Freunden in Österreich voran, ohne allerdings schon ein profundes Programm in dieser neuen Richtung vorzulegen. In Holland war dem eigentlichen Programm, also der Parteitheorie, die Praxis vorgeschaltet. Erst jetzt haben die holländischen Sozialdemokraten ein neues Grundsatzprogramm verabschiedet.

Es war klar abzusehen, daß die linksextreme Gruppe innerhalb der "Partei der Arbeit" mit ihrer ausschließlich ultramarxistischen Theorie keine ausreichende Rückendeckung in der Organisation finden konnte. Die Partei selbst - auf dem Boden politischer und religiöser Toleranz stehend - hat das Zentrum Jahre hindurch akzeptiert. Jedoch konnten die Intellektuellen dieser Gruppe nicht erwarten, die geistige Linie der Gesamtpartei mit ihrer Theorie zu dogmatisieren.

Mitglieder dieser Gruppe wichen auch in außenpolitischer Hinsicht von der Ansicht der Mehrheit der Partei ab. Von deutscher Sicht gesehen, kann man die Haltung der holländischen Sozialdemokratie in mancher Hinsicht kritisieren. Sie hat in der Saarfrage nicht in allen Situationen den Standpunkt der deutschen Sozialdemokratie geteilt, insbesondere das Verhältnis der deutschen Politik zur NATO und zur Frage der Wiedervereinigung war stets ein Streitpunkt zwischen beiden Parteien. Aus dem niederländischen Blickwinkel jedoch hat die "Partei der Arbeit" stets die Realität des relativ kleinen Landes berücksichtigt, daß nur in einer großen Gemeinschaft der notwendigen Schutz erhalten kann. Vor allen Dingen kennt Holland nicht das Problem der Spaltung der Nation.

Die niederländischen Ultramarxisten haben jetzt beschlossen, ihre Aktionsgruppe aufzulösen. Der Parteivorstand hatte sie vor die Alternative gestellt, entweder ausgeschlossen zu werden oder ihre Gruppe aufzulösen. Die "Partei der Arbeit" hat für jeden Sozialisten Raum, gleichviel ob er aus christlicher Gesinnung Sozialist geworden ist, oder seine politische Haltung mit der marxistischen Analyse verbindet. Nur ist es nicht möglich, daß die Geschlossenheit einer Partei gestört und dadurch ihre politische Stoßkraft gemindert wird.

Alleingänger von Hassel

mu. - Der schleswig-holsteinische Ministerpräsident von Hassel (CDU) hat sich nach einer wehrpolitischen Tagung seiner Partei dafür ausgesprochen, den Wehrbereich I, der mit Schleswig-Holstein und Hamburg zum NATO-Nordabschnitt gehört, stärker mit Heeresverbänden und vor allem mit Luftwaffeneinheiten über die vorgesehenen Planungen hinaus zu bestücken. Er hat sich vor allem aber für die Verlegung einer amerikanischen Spezialeinheit nach Schleswig-Holstein eingesetzt. Dabei kritisierte er, daß die Planungen nicht genügend militärischer Streitkräfte für Schleswig-Holstein vorsehen und berichtete, er habe sich schon bei Bundesverteidigungsminister Strauß darüber beschwert.

In militärischen Kreisen des Wehrbereiches in Kiel, des NATO-Nord-Kommandos in Oslo und des Verteidigungsministeriums in Bonn hat diese Forderung eines "einsamen Vorprellers" Befremden und Kopfschütteln ausgelöst. Es wird darauf verwiesen, daß Schleswig-Holstein bereits überdurchschnittlich entsprechend seiner exponierten militärischen Lage mit Marine und Luftwaffeneinheiten und durchaus durchschnittlich mit Heeresverbänden belegt wird. Diese Planungen sind in die Verteidigungskonzeption der NATO für ganz Europa "wertrichtig eingestellt" worden. Jeder Einzelgang eines kleinen Bundeslandes von einem der NATO-Staaten würde die gemeinsamen Planungen über den Haufen werfen und nur Unruhe hervorrufen.

In Dänemark und Norwegen war zu erfahren, daß man sofort im NATO-Rat vorstellig werden wird, wenn sich hinter der Forderung des Kieler CDU-Politikers nach amerikanischen Spezialeinheiten für Schleswig-Holstein Bewachungsmannschaften für atomare Sprengköpfe von Raketen verborgen sollten. Dänemark und Norwegen wünschen nicht, daß atomare Sprengkörper im NATO-Abschnitt gelagert werden. Als Grenze nach oben treten sie für Raketenbatterien ohne Atom Sprengköpfe für die Luftabwehr und Küstenvorfeldverteidigung ein. Zusammenfassend war zu hören, daß von Hassel durch sein Vorprellen, das jeder militärischen Realität entbehrt, das Herausbilden einer einheitlichen Kommandostruktur gefährdet.

In militärischen Kreisen tendiert man vielmehr dahin, die Verteidigungsfähigkeit Schleswig-Holsteins im konventionellen Rahmen nach Prinzipien zu verstärken, wie es Norwegen und Dänemark bereits mit

ihrer Organisation "Volk und Verteidigung" tun. Für eine derartige Landeswehr von Freiwilligen in Schleswig-Holstein müßte - und das Bundesverteidigungsministerium wünscht das sogar - eine Beratungsorganisation gebildet werden, der unter anderem alle großen Parteien sowie die Gewerkschaften, aber auch der Luftschutz ebenso wie der Arbeitersamariterbund angehören sollten. Dieser Beirat einer Heimatverteidigung auf der Grundlage von "Volk und Verteidigung" würde aber niemals zustande kommen, wenn von Hassel in derartig ungewöhnlicher Form weiter als Einzelgänger vorgeht.

Hinzu kommt noch, daß er unter der Hand zu verstehen gegeben hat, es sollten da einige ehemals hohe Offiziere aus Flensburg aus dem Verband Deutscher Soldaten Führungspositionen in dem Beirat erhalten. Durch eine derartig nach rechts tendierende Verteidigungskonzeption würde eine Landeswehr nach dem Muster "Volk und Verteidigung" im Wehrbereich I unmöglich gemacht.

Im Sinne des Ministerpräsidenten von Hassel bewegte sich militärpolitisch auch eine Rede, die der Leiter des territorialen Verteidigungsstabes im Wehrbereich I, Oberstleutnant Schwing, vor der Gesellschaft für Wehrkunde in Schlessig hielt. Schwing meinte, da der Schwerpunkt der Verteidigung sich mehr und mehr auf den zivilen Bereich verlagert, müsse zur Stärkung des Verteidigungswillens in einem Unterrichtsfach der Schulen der Gedanke der bodenständigen Heimatverteidigung behandelt werden. Gerade in dem gefährdeten Raum Schleswig-Holstein habe die Abwehr bolschewistischer Infiltrationsversuche durch die Bevölkerung eine erhöhte Bedeutung.

Das Wehrbereichskommando I in Kiel hat dazu schlicht erklärt, Schwing habe lediglich von der Möglichkeit einer persönlichen Meinungsäußerung Gebrauch gemacht. Sie entspreche indes in wesentlichen Punkten nicht den Überlegungen, die von zuständigen Stellen des Bundesverteidigungsministeriums und zivilen Instanzen angestellt werden sollen. Die vorgesetzten Kommandeure haben dem Oberstleutnant Schwing das gesagt, was die "vorgesetzten Politiker" des Herrn von Hassels, Bundeskanzler Adenauer oder Bundesverteidigungsminister Strauß dem "jungen vorgeprellten Kämpfer" von Hassel auch hätten bescheinigen sollen. Weiß man doch, daß Hassels "Alleintritt" nichts mit den offiziellen Vorstellungen Bonn und der NATO zu tun hat.

Schulraumnot

sp - Nach Angaben von Prof. Dr. Hans Wenke, die er auf der dritten Arbeitstagung der Friedrich Naumann-Stiftung in Schwäbisch-Hall machte, fehlen in der Bundesrepublik 65 000 Klassenzimmer und 53 000 Lehrer, wenn die Schulen modernisiert, der Schichtunterricht fortgefallen, die Klassenstärken herabgesetzt und das neunte und zehnte Schuljahr eingeführt worden sind. Bis dorthin bleibt freilich noch ein weiter Weg zurückzulegen. Um all' dies tun zu können, müßte die Bundesrepublik allein für den Ausbau moderner Schulen etwa zehn Milliarden DM investieren, einschließlich vier Milliarden für den Nachholebedarf.

In vielen Gemeinden nimmt die Schulraumnot schon beängstigende Formen an. Sie sehen sich außerstande, die steigenden Bedürfnisse zu befriedigen und Schritt mit dem Wachstum der Großstädte zu halten. Ergebnis: Überfüllte Klassenzimmer, Überanstrengte Lehrer und - unvermeidliche Folge davon - Rückgang auch in den Leistungen der Schüler. Hier wird, infolge materieller Unzulänglichkeit, das wichtigste Kapitel unseres Volkes, die Begabung der Jugend, verschleudert.

Wielange kann und darf sich unser Volk diese Verschleuderung noch leisten? Im Vergleich zu anderen Industriestaaten sind wir ohnehin schon, was den Ausbau unserer Schulen, das Öffnen von Wegen für die Entfaltung begabter junger Menschen anbelangt, in Rückstand geraten. Gewiß wurde unter dem Eindruck der Alarmrufe von besorgten Erziehungsverbänden und Organisationen von Wissenschaftlern schon viel getan, um wenigstens die Lücke zwischen dem, was getan werden muß, und was geschieht, nicht größer werden zu lassen.

Ein Blick auf die Schulen aller Arten in der Sowjetunion müßte eigentlich genügen, um den Letzten zu überzeugen, daß wir hier im Ausbau unseres gesamten Schulwesens recht bald nachziehen müssen, wenn sich der Abstand nicht vergrößern soll. Die Welt von morgen gehört nicht den Militärs, sie gehört den Technikern und Wissenschaftlern.

Prostitution als internationales Problem

Von Bruno Kuster, Genf

Ein soeben vom UNO-Sekretariat in New-York veröffentlichter Bericht erinnert daran, daß eine von der Generalversammlung im Dezember 1949 angenommene "Konvention zur Unterdrückung des Menschenhandels und der Ausbeutung der Prostitution" existiert, die zwar von 26 Ländern ratifiziert und damit rechtskräftig wurde. Aber nur ein einziges westeuropäisches Land, Norwegen, ist ihr beigetreten. Dänemark, Finnland und Luxemburg haben unterschrieben, aber noch nicht ratifiziert. Der gesamte Ostblock hat, unter einigen Vorbehalten, ratifiziert, Länder wie Ceylon, Kuba, Haiti, Libyen u.a. ebenfalls.

Die Gründe für diese auffallende Lage sind wohl weniger in einer grundsätzlichen Opposition der westeuropäischen Länder und der USA zu suchen, als vielmehr in der Schwierigkeit (und Unbequemlichkeit), bereits bestehende Gesetzgebungen neuen Anforderungen anzupassen. Tatsächlich steht auch die Entwicklung in Westeuropa mit den Grundsätzen der Konvention in Übereinstimmung, wurden doch in den letzten Jahren überall die "öffentlichen Häuser" geschlossen. Der Bericht des UNO-Sekretariates will die Regierungen aber ermuntern, der Konvention von 1949 in aller Form beizutreten.

Die Verfasser des Berichtes sind sich durchaus klar darüber, daß die Prostitution nicht nur oder nicht mehr überall ein Ergebnis der sozialen Notlage gewisser Bevölkerungsschichten ist. Während es nach wie vor die Armut ist, die in asiatischen und südamerikanischen Ländern Mädchen auf diesen Weg treibt, so erhält andererseits in den reichen Ländern die Prostitution aus anderen Gründen Auftrieb. Die Sucht nach Luxus und leichtem Leben übt eine suggestive Kraft aus. Die UNO-Konvention vermeidet jedes Moralisieren. Im Grundsatz der persönlichen Freiheit hat sie ihr solides Fundament. Im Namen dieser Freiheit muß der Mädchenhandel unterdrückt werden. Solange aber "öffentliche Häuser" bestehen, wird es immer eine kommerzialisierte Nachfrage geben. Bestraft werden muß, wer die Prostitution ausbeutet.

Natürlich ist man sich bewußt, daß mit der Schließung der "öffentlichen Häuser" das Problem als solches nicht gelöst werden kann. Jedoch hat sich die Überzeugung durchgesetzt, daß dazu polizeiliche Methoden denkbar ungeeignet sind. Denn wer wollte es unternehmen, den Begriff der Prostitution genau und unmißverständlich abzugrenzen? Es ist somit wiederum die Achtung vor der individuellen Freiheit, welche die Verfasser der Konvention geleitet hat.

Eingehend setzt sich der Bericht auch mit dem Schutz vor der Ausbreitung venerischer Krankheiten auseinander. Infolge "einer grossen sozialen Umwälzung, die das sexuelle Verhalten verändert" hat, ist die Prostituierte nicht mehr die einzige und wichtigste Quelle venerischer Ansteckung - mit oder ohne "öffentliche Häuser". Heute sind es vor allem die Jugendlichen, die sich Ansteckungen aussetzen und als Zwischenträger auftreten. Es wäre deshalb völlig abwegig, die Abwehrmaßnahmen auf den Kreis der Prostituierten beschränken zu wollen.

Am Schluß des Berichtes werden die Grundlinien eines Aktionsprogramms entwickelt. Der Prostitution soll mit sozialen und erzieherischen Maßnahmen entgegengetreten werden. Die Tendenz, dieses peinliche Kapitel unseres gesellschaftlichen Lebens mit Schweigen zu übergehen, ist zwar verständlich, aber unter Umständen verhängnisvoll. Man sollte sich deshalb nicht scheuen, die Ratifizierung der UNO-Konvention zur Diskussion zu stellen.